

## Soll das Bistum Trier weiter viele Millionen vom Staat kassieren?

Trier. Die Entschädigungszahlungen an Religionsgemeinschaften missfallen vielen. Ein Priester aus der Region fordert jetzt, dass die Kirche den ersten Schritt zur Abschaffung machen sollte. Von Rolf Seydewitz

Stolze 58 Millionen Euro überweist das Land Rheinland-Pfalz jedes Jahr an die Religionsgemeinschaften im Land. Allein das Bistum Trier bekommt jährlich rund 17 Millionen Euro Staatsleistungen, wie die historisch begründeten Zahlungen offiziell heißen. Immer wieder werden Forderungen laut, die wiederkehrenden Staatsleistungen durch eine Einmalzahlung abzulösen. Saarländische CDU-Politiker hatte dies unlängst sogar in Verbindung gebracht mit der geplanten Strukturreform des Bistums Trier, bei der es künftig nur noch 35 XXL-Pfarreien geben soll. Eine willkommene Gelegenheit, auch andere Gewohnheiten auf den Prüfstand zu stellen, argumentieren die Kritiker.

Die gibt es auch in Rheinland-Pfalz. **In der säkularen Gesellschaft würden die Zahlungen immer mehr zum Ärgernis in der Bevölkerung und damit auch zum Schaden der Kirche, sagt der Sprecher der kirchenkritischen Initiative Wir sind Kirche, Johannes Grabmeier, unserer Zeitung.**

Ähnlich argumentiert auch der kirchenpolitische Sprecher der AfD, Michael Frisch. Es sei kaum zu vermitteln, warum die Kirchen wegen einer über 200 Jahre alten Regelung immer noch jährlich Millionenbeträge aus Steuermitteln bekämen, meint der Trierer Landtagsabgeordnete.

Die Äußerungen anderer Landtagspolitiker sind da zurückhaltender. Eine Änderung der bestehenden Regelung sei derzeit kein Thema, meinten die kirchenpolitischen Sprecher von SPD und Grünen. CDU und FDP verweisen darauf, dass diese Frage nur im Einvernehmen mit den Kirchen geklärt werden könne.

Das Bistum Trier zeigt sich indes grundsätzlich offen für eine Diskussion über das Ende der Entschädigungszahlungen. Allerdings stehe die Kirche nicht in der Bringschuld, sagt Bischofssprecherin Judith Rupp. Ein Begriff, der dem Trierer Dechanten Ralf Schmitz in diesem Zusammenhang nicht gefällt. Nach seiner Ansicht wäre es „ein wichtiges Zeichen, wenn sich das Bistum selbst für die Abschaffung der Staatsleistungen einsetzen würde“. Ähnlich sieht es auch Schmitz' Priesterkollege Stefan Hippler. Kirche und Staat sollten sich zusammensetzen und mit einer Abschlagszahlung dieses Kapitel beenden, sagt der gebürtige Bitburger, der seit vielen Jahren in Südafrika tätig ist.

Die Zahlungen seien heute kaum mehr zu vermitteln, und die historischen Argumente verlören an Gewicht.

Einen Hintergrund-Artikel mit weiteren Informationen[[Link auf https://www.volksfreund.de/nachrichten/rheinland-pfalz/sonst-geht-s-uns-wie-den-luxemburgern\\_aid-37966889](https://www.volksfreund.de/nachrichten/rheinland-pfalz/sonst-geht-s-uns-wie-den-luxemburgern_aid-37966889)] zu dem Thema gibt es hier.

[https://www.volksfreund.de/nachrichten/soll-das-bistum-trier-weiter-viele-millionen-vom-staat-kassieren\\_aid-37948109](https://www.volksfreund.de/nachrichten/soll-das-bistum-trier-weiter-viele-millionen-vom-staat-kassieren_aid-37948109)

Zuletzt geändert am 10.04.2019